

Migrationsbeirat der Landeshauptstadt München

Dringlichkeitsantrag:

Antrag auf menschenwürdige Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in der Landeshauptstadt München

Antragsteller:innen:

Dimitrina Lang, Arif Haidary, Tatiana de Sousa Mendonca Mischek

I. Antrag:

Der Migrationsbeirat möge folgendes beschließen:

Der Oberbürgermeister Dieter Reiter wird respektvoll aufgefordert, innerhalb des gesetzlichen Rahmens Maßnahmen zur menschenwürdigen Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in der Landeshauptstadt München zu ergreifen.

Unsere Forderungen lauten wie folgt:

1. **Anpassung der Bargeldabhebungsgrenze an lokale Lebenshaltungskosten:** Die Stadt München wird aufgefordert, die starre Bargeldabhebungsgrenze von 50 Euro pro Monat zu überdenken. Stattdessen soll die Grenze entsprechend den örtlichen Lebenshaltungskosten und den Bedürfnissen der Geflüchteten angepasst werden.
2. **Flexibilisierung der regionalen Nutzungseinschränkungen:** Es ist dringend erforderlich, dass die Stadt München die regionalen Nutzungseinschränkungen für Bezahlkarten lockert oder aufhebt, um den Geflüchteten mehr Flexibilität zu gewährleisten.
3. **Ermöglichung von Inlandsüberweisungen und Online-Einkäufen:** Geflüchteten soll ermöglicht werden, Inlandsüberweisungen vorzunehmen und Online-Einkäufe zu tätigen. Dadurch wird ihre finanzielle Flexibilität gestärkt und ihre Teilhabe am digitalen Wirtschaftsleben gefördert.
4. **Möglichkeit zur Überprüfung von Ausnahmefällen für die Auszahlung von Bargeld:** Es soll eine klare Möglichkeit geschaffen werden, Ausnahmefälle zu prüfen, in denen Geflüchtete weiterhin die Möglichkeit haben, Gelder in bar zu erhalten, auch wenn dies von den üblichen Richtlinien abweicht.

II. Begründung:

Die Bayerische Staatsregierung hat die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete beschlossen, die in Kürze in der Landeshauptstadt München umgesetzt werden soll. Diese Maßnahme soll Geflüchteten ermöglichen, ihre Grundbedürfnisse zu decken und gleichzeitig den Verwaltungsaufwand reduzieren sowie "irreguläre" Migration eindämmen.

Wir sind der Ansicht, dass einige der aktuellen Beschränkungen der Karte überdacht werden müssen, um eine effektive Integration und ein würdevolles Leben der Geflüchteten zu gewährleisten. Die Tatsache, dass Online-Einkäufe und Auslandsüberweisungen nicht möglich sind und die monatliche Bargeldabhebung auf 50 Euro begrenzt ist, stellt erhebliche Hürden dar. Diese Beschränkungen beeinträchtigen die finanzielle Autonomie und Flexibilität der Geflüchteten und könnten sogar ihre soziale Teilhabe behindern.

Die regionalen Nutzungseinschränkungen der Bezahlkarte verstärken die Ausgrenzung von Geflüchteten und schränken ihre Bewegungsfreiheit unnötig ein. Es ist unerlässlich, dass Geflüchtete in der Lage sind, ihre täglichen Einkäufe und Transaktionen ohne geografische Einschränkungen zu tätigen, um ein normales Leben zu führen und sich in die Gesellschaft zu integrieren. Darüber hinaus erhöht die Notwendigkeit, bestimmte Ausgaben wie Anwaltskosten von der Verwaltung genehmigen zu lassen, den bürokratischen Aufwand unnötig und könnte den Zugang der Geflüchteten zu wichtigen Dienstleistungen weiter erschweren.

Oft werden Geflüchtete aus der Ukraine zusammen mit Geflüchteten aus anderen Ländern untergebracht, und die Bezahlkarte ist nur für Geflüchtete aus anderen Ländern gedacht. Diese

Maßnahmen können bei den Geflüchteten, die eine Bezahlkarte bekommen, den Eindruck erwecken, dass geflüchtete Menschen in München in zwei Klassen unterteilt und unterschiedlich behandelt werden. Die Betroffenen könnten sich dadurch diskriminiert fühlen und der deutschen Politik Rassismus vorwerfen.

Neben den bereits genannten Gründen führt die Identifizierbarkeit von Geflüchteten in Geschäften durch die Bezahlkarte zu potenzieller Stigmatisierung und Alltagsdiskriminierung. Die Karte sollte ein Werkzeug der finanziellen Unterstützung sein, jedoch kein Mittel zur Markierung oder Kennzeichnung von Geflüchteten in der Öffentlichkeit.

Der Migrationsbeirat fordert die Abschaffung der Bezahlkarte in ihrer aktuellen Form und appelliert an die lokale Politik, die Maßnahmen in München auf humane und solidarische Weise umzusetzen.

III. **Beschluss**

Der Antragsbetreff wird wie folgt geändert:

Antrag auf **menschenwürdige Einführung** ~~der Positionierung zur~~ Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in der Landeshauptstadt München

Der Antrag wird wie folgt geändert

Der Migrationsbeirat möge folgendes beschließen:

Der Oberbürgermeister Dieter Reiter wird respektvoll aufgefordert, ~~innerhalb des gesetzlichen Rahmens Maßnahmen zur menschenwürdigen Einführung der Bezahlkarte für Geflüchtete in der Landeshauptstadt München zu ergreifen,~~ **sich beim Städtetag gegen die Einführung der Bezahlkarte einzusetzen.**

Sofern die Einführung nicht verhindert werden kann, sollen folgende Forderungen umgesetzt werden, um die schlimmsten Folgen der Bezahlkarte abzufedern:

1. Anpassung der Bargeldabhebungsgrenze an lokale Lebenshaltungskosten: Die Stadt München wird aufgefordert, die starre Bargeldabhebungsgrenze von 50 Euro pro Monat zu überdenken. Stattdessen soll die Grenze entsprechend den örtlichen Lebenshaltungskosten und den Bedürfnissen der Geflüchteten angepasst werden.
2. Flexibilisierung der regionalen Nutzungseinschränkungen: Es ist dringend erforderlich, dass die Stadt München die regionalen Nutzungseinschränkungen für Bezahlkarten lockert oder aufhebt, um den Geflüchteten mehr Flexibilität zu gewährleisten.
3. Ermöglichung von Inlandsüberweisungen und Online-Einkäufen: Geflüchteten soll ermöglicht werden, Inlandsüberweisungen vorzunehmen und Online-Einkäufe zu tätigen. Dadurch wird ihre finanzielle Flexibilität gestärkt und ihre Teilhabe am digitalen Wirtschaftsleben gefördert.
4. Möglichkeit zur Überprüfung von Ausnahmefällen für die Auszahlung von Bargeld: Es soll eine klare Möglichkeit geschaffen werden, Ausnahmefälle zu prüfen, in denen Geflüchtete weiterhin die Möglichkeit haben, Gelder in bar zu erhalten, auch wenn dies von den üblichen Richtlinien abweicht.

Einstimmig beschlossen

gez.
Dimitrina Lang
Vorsitzende

gez.
Lara Galli
1. Stellv. Vorsitzende

gez.
Arif Abdullah Haidary
2. Stellv. Vorsitzender